

Enquete-Kommission

„Stärkung der Demokratie in Österreich“



Auszugsweise Darstellung
(verfasst vom Stenographenbüro)

1. Sitzung

Donnerstag, 18. Dezember 2014

10.02 Uhr – 13.46 Uhr

NR-Saal

Quelle: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/791/imfname_468784.pdf

Wir haben ein Gesetzesmonopol des Nationalrats; keine Volksgesetzgebung, auch nicht punktuell. Das einzige direktdemokratische Element, das auf einer Volksinitiative beruht, das Volksbegehren, ist letztlich völlig unverbindlich.

Dr. Susanne Fürst, S 4

Der Sinn eines plebiszitären Gesetzgebungsrechts besteht ja nicht darin, dass das Volk anstelle des Parlaments regiert, entscheidend sind vielmehr die Vorabwirkungen, die von diesem Recht ausgehen. Wenn die Regierenden wissen, dass das Volk eine bestimmte Materie notfalls selber an sich ziehen kann, werden sie wahrscheinlich genau dies zu verhindern suchen. Die plebiszitären Elemente führen insoweit bereits durch ihre schiere Existenz, ohne dass man sie anwenden muss, zu einer stärkeren Interessenberücksichtigung und Kompromissfindung.

Frank Decker, S 124 [Anm.: vgl. Roland Czada, 2003, S 171]

Dieser Prozess lief ganz transparent ab, das wurde alles auch öffentlich übertragen, auch mit Befragungen in **Bürgercafés** rückgekoppelt. Solche Bürgercafés, Bürgerkonferenzen – „Planungszellen“ hat man das in Deutschland in den siebziger Jahren auf kommunaler Ebene genannt – können auch bundesweit funktionieren, müssen organisiert werden, und es wäre am Parlament, das zu organisieren.

Wir haben gemeinsam dieses Grünbuch „#besserentscheiden“ ausgearbeitet, und da kam die Idee auf, ob es nicht der Bundesrat sein könnte, der sich hier neu orientiert. Eine **Neuorientierung des Bundesrates als eine Art politischer Think Tank**, wo Expertinnen und Experten eingeladen werden, wo der **Bundesrat** aber auch Bürgerkonferenzen in den einzelnen Bundesländern organisiert, als zukunftsgerichteter Think Tank, eben auch nach Beispiel des finnischen Zukunftsausschusses, wo man Veränderung begleiten kann. Veränderung findet ja immer statt, es geht nur darum: Laufen wir quasi der Veränderung hinterher oder gestalten wir sie mit? – Da könnte der Bundesrat mit dem bereits angesprochenen Demokratiebüro zusammenarbeiten, einen Raum auch für alternative Ideen finden, wo Bürgerinnen und Bürger gemeinsam neue Formen der Demokratie überhaupt erst einmal ausarbeiten können.

Zusammenfassend: Es gibt genügend gute Ideen und Vorbilder. Was es dafür braucht, ist ein gewisser Mut, vielleicht sogar schon einen **militanten Optimismus**, aber jedenfalls eine konkrete Utopie. Ein Demokratiebüro wäre eine erste Utopie, wo man anfangen könnte, neue Ideen der Bürgerbeteiligung nicht dem Volk überzustülpen, sondern es selbst und gemeinsam gestalten zu lassen. Immerhin kann die Antwort auf die Krise und auf die Demokratiekrise ja nur in einer umfassenden Demokratisierung bestehen. – Danke. (Beifall.)

Tamara Ehs, S 308